

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr.: 04/08

MBI-Geschäftsstelle Kohlenkamp 1, 45468 Mülheim

Tel. 0208 - 3899810 Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de http://www.mbi-mh.de



2008: 200 Jahre Stadt N

Es brennt und rumort an vielen Ecken!

Im Jahr 1808 verlieh Napoleon Mülheim das Stadtrecht. Nach 200 Jahren wird in diesem Jahr gefeiert, doch die Zeichen stehen auf Sturm. Feiern zum Stadtjubiläum sind überall geplant, nur nicht in der Altstadt. Man glaubt es kaum! An die historischen Diorahmen wurde man erst erinnert, als welche im

Entsorgungscontainer gelandet waren! "Event, event, doch Wühlheim brennt und pennt?" Seit Jahresbeginn reißen in der Hauptstadt der Baustellen die Hiobsmeldungen nicht mehr ab: Unglaubliche Enthüllungen zu Filz, Korruption und Schmiergeldern im Zusammenhang mit dem SPD-Ratsherrn Yassine, entlassener nächster MEG-Geschäftsführer bis 2010 best bezahlter Spaziergänger, MEG-Vergärungsanlage weiter defizitär und vor der Schließung, peinliche Pöstchenschachereien bei MST und Solzialdezernent, Luxus-Rathaussanierung für 32 Mio.? Kostenexplosion bei der Museumssanierung, drastische Gebührenerhöhungen und dann auch noch drohende neue Karnap-Verträge nur zu Gunsten des

RWE, womit die Müllgebühren nochmals um 30% steigen würden, eine unversicherte Abrißfirma am Viktoriaplatz, Scheitern der Hospizpläne, Verstöße gegen EU-Vergaberecht bei Ruhrbania, auf dem Kasernengelände und demnächst der Rathaussanierung, Ruhrbania-beach als Riesenflop mit herrenlosem Sand im Wasserschutzgebiet, Prof. Seibel als Betrüger verurteilt, unnötige Baumfällungen im Hexbachtal, bei Dicken am Damm usw., Stadtteilzentrum Speldorf nach dem bevorstehenden Penny-Umzug: Der letzte macht



Rettet das Winkhauser Tal!

das Licht aus? neuer Real am Heifeskamp ab Herbst mit Lohndumping und Tarifflucht? Ungewisse Zukunft des Real an der Weseler Straße, erneuter Anlauf, die Frischluftschneise am Schlippenweg, das Naherholungsgebiet Winkhauser Tal, die Grünflächen an der Lilienthalstr. und dem Erzweg zu opfern trotz größerer Leerstände und Gewerbebrachen, wie z.B. im Hafen, in der Nordstadt oder an der Zeppelin-/ Parsevalstraße der riesige Messeparkplatz Lilienthalstraße über dem Gasspeicher endgültig vom Oberverwaltungsgericht als unzulässig ausgeurteilt! Und der Flughafen daneben? Erneuter Streit um Probe- oder Dauerausnahmeniterte, nitgor Simildüse? Alles kalter Kaffee! Endlosthema FLUCHHAFEN Essen/ Mülheim als Folge des SPD-Yassine-Wählerbetrugs in 2001, Senioren-

bad in Dümpten beinah geschlossen, Peinlicher Versuch der Ehrenringverleihung an Otto Beisheim, Metro-Gründer und Steuerflüchtling in der Schweiz mit SS-Vergangenheit, bereits die 2. medl-Gaspreiserhöhung dieses Jahr zum 1. Mai, und, und, und

Hätte man nur früher auf die MBI gehört, wäre einiges erspart geblieben!

Das Allerletzte: Die Hinhaltetaktik zur denkmalgeschützten Jugendstil-Halle in Broich: Vorbildliches Engagement der Vereine durch dauernde Nachforde-

rungen und Hinhalten für die Katz?! Günstige Erbbaupacht wie bei Wüllenkemper, schnell bitteschön!

- Leider nur ein Aprilscherz: Betrüger, Dokumentenfälscher, Überstundenkönig und Schmiergeldempfänger Yassine legt sein SPD-Ratsmandat nieder? Schön wär`s! Satire auf den Innenseiten
- Löst Mülheim Köln als Klüngelhauptstadt ab? EU-Vergaberecht bei Ruhrbania missachtet! Rückseite

Leider nur zum 1. April: Demokratie und SPD gerettet?

Yassine legt Ratsmandat nieder! Was lange gärt, wird endlich gut?!

Die Sensation zum 1. April: Ein schnöder Zweizeiler an die Mülheimer Oberbürgermeisterin D. ("Daggi") Mühlenfeld schlug ein wie eine Bombe: Nein, es war nicht die RWE-Mitteilung, dass Daggi in ihrem Nebenjob als Aufsichtsrätin 2007 mit 125.000 Euro endlich mehr bekam, als der Mülheimer Überstundenkönig, der so sein Gehalt in der MEG-Vergärungsanlage auf 120.000 Euro verdreifachen konnte. Genau dessen Unterschrift war aber unter dem Sensationsbrief mit folgendem lapidaren Inhalt:

"Liebe Frau Mühlenfeld, sehr geehrte Dagmar, hiermit lege ich mein Ratsmandat mit sofortiger Wirkung ab dem 1. April nieder. Ich bitte Sie, alle daraus folgenden Schritte unverzüglich einzuleiten. Gez. Mounir Yassine

Von links nach rechts:



D.W., Mr. Y. und Daggi

Die erste bange Frage von Daggi war natürlich, ob denn dem Dokument zu trauen sei, schließlich sind Yassines (abgek. Mr. Y.) Tarnfähigkeiten bei Dokumenten republikweit fast so bekannt, als hätte Meister Konrad Kujau sie verfasst. Während also Daggi noch zweifelte und ganz hektischen Rat bei den Mülheimer Granden Dr. S. ("Franky`s") und D.W. ("Dieter Weh.") suchte, trudelten die nächsten Meldungen ein, die den von D.W. - der mit dem Y.-Syndrom - vorgeschlagenen Gang zum Unterschriftenüberprüfungsamt überflüssig machte.

Auch in der MBI-Zentrale am Kohlenkamp, bei der MEG-Geschäftsführung an der Pilgerstraße und beim Büro des Integrationsrates im Rathaus waren Yassine-Briefe eingegangen. Weil aber selbst Kujau an einem Tag nur ein Dokument fälschen kann, mussten alle diese Dokumente echt sein, schlussfolgerte der Neo-Dezernent und noch-OB-Referent Ernst und alle verstanden die Logik des einstigen Urvaters der schwindsüchtigen JSG.

Im Brief an die MEG gibt Mr. Y. bekannt, dass er mit sofortiger Wirkung seine Klage auf Wiedereinstellung abstellt und seinem Anwalt das Mandat entzogen habe. Grund: Diese Klage sei sittenwidrig und selbst ihm zuwider. Weiter bittet Mr. Y., eine richtige Endabrechnung all seiner Überstunden seit Bultmanns Antritt als MEG-Geschäftsführer zu machen, alle real virtuellen Überstunden abzuziehen und das zu viel Gezahlte von dem freilaufenden ex-Geschäftsführer einzubehalten. Bei ihm (Mr. Y.) selbst sei nichts zu holen.

In dem Brief an die MBI entschuldigt sich Mr. Y., dass er der Wählergemeinschaft einen riesigen Schaden zugefügt hatte. "Das ging nicht gegen Euch," schreibt er, "nur hätte ich ja nix bekommen können, wenn ich Euch und den Wählern das Mandat zurück gegeben hätte."

Ganz ernst und fast filosofisch ist der Brief des Mr. Y. an den Integrationsrat, deshalb sei er in Gänze zitiert:

Liebe Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund, sehr geehrter Enver, ich entschuldige mich hiermit bei Euch und ich bitte Euch, diese Entschuldigung in allen Euren Vereinen, Moscheen, Tempeln, Kirchen oder sonstigen Treffpunkten bekannt zu geben. Ich habe der Integration schwer geschadet und den Eindruck hinterlassen, als hätte ich die deutsche Demokratie nach den Regeln eines Basars benutzt. Ich habe es jetzt eingesehen: Demokratie darf nicht käuflich sein und auch im Basar gibt es Regeln von Anstand und Ehre. Das wusste ich vorher nicht so genau als Migrant der 2. Generation. Ich dachte fälschlicherweise, im Basar wäre wirklich alles erlaubt. Als ich sah, wie geil die von der SPD auf das MBI-Mandat waren und einfach alles dafür gaben, erkannte ich darin den Basar, wie ich ihn falsch verstanden hatte. Heute weiß ich: Beides waren Denkfehler. Ich gebe zu, ich habe mit diesen Missverständnissen der Integration von Migranten in Mülheim und darüber hinaus einen Bärendienst erwiesen und gleichzeitig Basaris beleidigt.

Keiner hatte es mehr geglaubt: Der Mülheimer SPD-Ratsherr Mounir Yassine (Mr. Y.), zuletzt zuerst aufgefallen durch Überstundenberge für einen Triple-Lohn in einer ohnehin unrentablen Vergärungsanlage kurz vor der Schließgärung. Seine wackeren Beteuerungen, er sei halt omnipräsenzfähig, z.B. gleichzeitig mit der SPD-Fraktion in Istanbul und parallel an der Pilgerstraße in Mülheim zur Vergärung, lösten Begeisterungsstürme aus, die zu nie da gewesener ganz kurzfristiger Aufklärungswelle in Mülheim führten. Diplomfälschung, Schmiergeld und schriftliche Verträge zu Fraktionswechsel, also zu reinen Gewissensentscheidungen, flogen auf wie nix. Sofort danach setzte die Omerta wieder ein mit dem altbekannten Spiel wie seinerzeit in WDR 5 "Mülheim oder Das große Schweigen".

Jetzt aber hat Mr. Y. das Schweigen jäh unterbrochen. Was sagen üblich verdächtige Mülheimer/innen zu dieser Aprilwendung?

Frau FDP-Flach meint kurz, der Fall sei mit ihrer Geschichte nicht vergleichbar. Der andere MdB Schaaf (SPD) will sich an MEG-Geschichten nicht erinnern können, betont aber, dass es das Wichtigste sei, wenn DieLinke. auf keinen Fall dazu befragt würde. CDU-MdB Schmidt sieht keine Parallelen zu Baganz und will Ruhrbania nicht gefährdet wissen. Er fragt nach, ob Mr. Y. denn auch Fahrerflucht begangen habe. Die Grüne Frau Lostermann sagt wieder einmal erst "Ja, aber …" und kurz darauf "Nein, obwohl …." Herr Schweizerhof von der Rest-WIR macht den Weltkapilismus verantwortlich und fordert zur Teilnahme an der Montagsdemo auf. Für den Kreisverband DieLinke. war niemand erreichbar zum Interview und der MBI-Sprecher Reinhard freut sich, dass er nun auch nicht mehr theoretisch als Zeuge in einem absurden bis widerlichen Arbeitsprozess als Zeuge auftauchen müsste. Er hofft weiter, dass Mr. Y. nun bei Staatsanwaltschaft und in der Öffentlichkeit erzählt, was in den Jahren 2000/2001ff. wirklich geschah und dass nicht nur die toten ex-SPD-Vorsitzenden Schröer und Müller ihn gekeilt hatten. Und im Düsseldorfer Wirtschaftsministerium soll ein Sekretär von Staats wegen gesagt haben, Mr. Y. sei ziemlich doof gewesen. Wäre er gleich Anfang Jan. zurückgetreten, wäre nichts aufgeklärt worden und in 2 Jahren hätte er Karriere in Düsseldorf machen können. Frau Daggi und Herr Dieter sind dagegen völlig abgetaucht. Warum nur?

Alle aber rätseln, wie Mr. Y. zu dem überraschenden Sinneswechsel zum 1. April kam. Hat das mit dem Klimawandel zu tun, weil doch zum 30. März auf Sommerzeit umgestellt wurde? Oder hat der Dalai Lama oder gar der marok. König interveniert? Nix Genaues weiß man/frau!

Es gibt Gerüchte, Mr. Y. habe sich nach altorientalischem Brauch in den letzten Wochen als Eremit in das Wüstenstück zwischen Algerien, Marokko und Mauretanien zurückgezogen, um nachzudenken, wie weiland selbst ein gewisser Jesus. Nicht bestätigt werden kann die Version des Gerüchts, Mr. Y. sei während dieser Eremitage von versprengten Polisario-Freiheitskämpfern gekidnappt worden. Und als niemand denen auch nur einen müden Cent oder Centime (ein hunderstel eines marokkanischen Dirham) für Mr. Y. geben wollte, sollen sie mit ihm ein langes Gespräch geführt haben. Genau das soll nun Mr. Y. 's neue Ein- und Aussichten zum 1. April bewirkt haben. Im Kauderwelsch mit den Vertretern der marokkanisch besetzten, nicht existenten Freien Republik Westsahara muss dem Mülheimer Noch-Ratsherrn klar geworden sein, dass er sein Mandat nicht weiter besetzen dürfe, wenn schon Marokko weiter die Westsahara besetzt halte.

Leider ist Mr. Y. selbst nicht erreichbar, seit er kein MEG-Handy mehr hat. Auch seine Fahrt zur marokkanischen Wüste war wohl dieses Mal ohne Dienstwagen, anders noch als vor Jahren.

Bleibt am Schluss die Frage zur Zukunft des Doubles Daggi&Dieter, wenn Mr. Y. auspackt. Ob das D+D-Double dann Asyl in Liechtenstein beantragt, weil dort normalerweise alles Geheimnis ist oder zumindest per Stiftung reingewaschen werden kann? Wer weiß das schon, denn morgen ist bereits der 2. April, also doppelt so viel wie der 1.



Löst Mülheim an der Ruhr Köln als Klüngelhauptstadt ab? EU-Vergaberecht missachtet!



Auch die EU-Wettbewerbskommssion scheint inzwischen davon überzeugt zu sein, dass die Stadt Mülheim an der Ruhr Köln als Klüngelhauptstadt überholt hat. Knapp ein Jahr nach der Beschwerde der Wählergemeinschaft MBI in Brüssel über die nach ihrer Auffassung unzulässige Ausschreibung des "Ruhrbania"-Projektes teilte die Kommission deren Bedenken in allen Punkten. Im Juni 2006 wurde im Stadtrat mehrheitlich die Gründung der Ruhrbania Projektentwicklungsgesellschaft (RPG) beschlossen, die die Grundstücke im Gebiet der geplanten Ruhrbania-Ruhrpromenade baureif machen und vermarkten soll. Die

Übertragung von 50% der RPG an Private wurde bereits im März 2006 EU-weit ausgeschrieben. Im März 2007 beschloss der Stadtrat mehrheitlich die Beteiligung der holländischen Firma Reggeborgh des Investors Wessels.

"Massiv gegen EU-Richtlinien verstoßen" Zu diesem Ergebnis kommt Lothar Reinhard, nachdem er Ende März endlich Einsicht in den Brief der EU-Wettbewerbskommiss ion nehmen durfte, der der Mülheimer Verwaltungsspitze bereits seit dem 12. März vorliegt.

Das am 28. Februar bei "Seiner Exzellenz Herrn Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister des Auswärtigen" eingetroffene EU-Schreiben ist "eine schwere Klatsche" für Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) und ihren Rechtsdezernenten Dr. Frank Steinfort (vgl. Bild oben). Die haben - unterstützt von der Ratsmehrheit - vor einem Jahr mit ihrem vergaberechtswidrigen Ruhrbania-Projekt, von dem am Ende die holländische Investmentgesellschaft Reggeborgh profitiert, auch noch gegen einen damals gültigen Bürgerentscheid gegen weitere Privatisierungen in der Stadt an der Ruhr verstoßen. Unterstützt worden waren die Mülheimer Stadtoberen dabei auch von den durch die MBI um Hilfe angerufenen Aufsichtsbehörden von NRW-Innenminister Wolf und Regierungspräsident Büssow. Lothar Reinhard: "Dass die Düsseldorfer Aufsicht auf die Einhaltung von Demokratieregeln pocht, hatten wir ohnehin nicht erwartet. Dass sie aber genauso lax mit dem EU-Recht umgeht, das hatten wir nicht vermutet.

EU zerreißt Ruhrbania-Verträge regelrecht in der Luft

Die gesamten Verfahren und Verträge zu dem zentralen Mülheimer "Entwicklungs- und Strategieprojekt Ruhrbania zerreißt die EU-Wettbewerbskommission in ihrem Brief regelrecht in der Luft.

- Bereits die Wahl des damaligen so genannten Verhandlungsverfahrens für die Privatisierung der Ruhrbania-Projektentwicklungsgesellschaft (RPG) verstößt anscheinend massiv gegen EU-Richtlinien.
- In der nachträglichen grundlegenden Änderung der Ausschreibungsbedingungen (Verzicht auf die ursprünglich vom privaten Investor verlangte Vorfinanzierung) sieht die Kommission schwere Verstöße gegen verschiedene grundlegende Wettbewerbsrichtlinien.
- Auch der Verkauf des Baufelds 1 im September 2007 werde "eindeutig und ohne Wenn und Aber als vergaberechtswidrig eingestuft."

Steinfort wiegelt ab

Während die Rechtsabteilung der Stadt Mülheim seit dem Eingang des EU-Schreibens wirkliche Sorgen hat, äußert sich Rechtsdezernent Steinfort öffentlich völlig anders. Der WAZ teilte er mit: Mit einer Entscheidung, ob Mülheim und damit die Bundesrepublik mit dem Ruhrbania-Projekt tatsächlich gegen EU- Recht verstoßen hätten, rechne er frühes- tens in drei Jahren. Und weil das nun an- laufende Prüfverfahren keine aufschiebende Wirkung habe, könnten die Vorbereitungen für die Ruhrpromenade ungehindert weiter- gehen. Sollte der Europäische Gerichtshof am Ende doch zu dem Urteil gelangen, Hafenbecken und Gebäude seien rechts- widrig gebaut worden, wäre eine dann mögliche Forderung nach Abriss "unver- hältnismäßig". An eine Geldstrafe des EU-Gerichtshofes in Höhe von möglicherweise einigen Millionen Euro, die dann zu Lasten der Steuerzahler gehen würde, denkt der Rechtsdezernent lieber nicht.